

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

An die Vorsitzende des  
dbb Beamtenbund und Tarifunion  
Rheinland-Pfalz  
Frau Lilli Lenz  
Postfach 1706  
55007 Mainz

## Wahlprüfsteine

Mainz, 16. Dezember 2015

**Dr. Volker Wissing**  
Vorsitzender

**FDP Rheinland-Pfalz**  
Am Linsenberg 14  
55131 Mainz

rlp@fdp.de  
www.fdp-rlp.de  
twitter.com/fdprlp  
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541  
F: 06131 233 803

Sehr geehrte Frau Lenz,

vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 5. November 2015 sowie Ihr Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz. Zu Ihren Fragen nehme ich sehr gerne, wie folgt, Stellung:

1. Das Grundgesetz schreibt vor, dass das Recht des öffentlichen Dienstes unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln ist. Wie stehen Sie zum Berufsbeamtentum und wie wollen sie es weiterentwickeln?

Die FDP Rheinland-Pfalz bekennt sich zu den Grundsätzen des Berufsbeamtentums, dieses hat sich insbesondere in den Kernbereichen staatlich-hoheitlichen Handelns bewährt. Gerade in diesen Bereichen wollen wir an dem Beamtentum weiter festhalten und es durch eine Reform des landeseigenen Pensionsfonds zukunftsfähig gestalten.

2. Für unsere Mitgliedschaft gehört das Einkommen, gehören Besoldung und Versorgung zu den Top-Themen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Grundsatzentscheidung zur Richteralimentation Anfang Mai 2015 eine enge Verknüpfung zwischen den Tarifierhöhungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes und den Anpassungen von Beamtenbesoldung und –versorgung bestätigt. Beabsichtigen Sie, die Beamtenbesoldung und –versorgung in der kommenden Legislaturperiode stets zeit- und wirkungsgleich entsprechend der Tarifierhöhungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst (TV-L) anzupassen? Erteilen Sie schlechteren Regelungen – späterer Übernahmezeitpunkt oder geringeres Volumen der Anpassung – eine klare uneingeschränkte Absage?

Für die FDP Rheinland-Pfalz ist es wichtig, dass auch die Beschäftigten der Landesregierung und –behörden an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilhaben. Sie dürfen nicht zu den Verlierern der Gesellschaft gemacht werden, da die Landesregierung es versäumt hat für absehbare Pensionslasten und ihr politisches Versagen Vorsorge zu treffen.

3. Von 2012 bis 2014 einschließlich wurden Besoldung und Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamtinnen/-beamten jeweils nur um ein Prozent angepasst, während die Indizes der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung – wie schon öfter in der Vergangenheit – stärker stiegen. Durch diese Delle sind

die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz im Besoldungsranking Bund/Länder auf den Abstiegsplätzen gelandet. Sind Sie bereit, durch Nachbesserungen entsprechend des Volumens der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Landesdienst 2012, 2013 und 2014 dafür zu sorgen, dass die Beamten und Versorgungsempfänger einen 1:1-Ausgleich für den Rückstand erhalten?

Die FDP Rheinland-Pfalz bekennt sich zu einem starken öffentlichen Dienst. Damit dieser auch für junge Menschen eine attraktive Zukunftsoption bleibt, dürfen die Rahmenbedingungen nicht schlechter sein, als in der Wirtschaft. Unter Beachtung der haushaltspolitischen Rahmenbedingungen werden die Freien Demokraten alles tun, damit die Beschäftigten des Landes in Zukunft wieder an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in unserem Land teilhaben.

4. Als Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes organisieren wir auch zunehmend tarifangehörige Einzelmitglieder aus dem Landes- und Kommunaldienst, denen genauso wie den Beamten an einer fairen und auskömmlichen Bezahlung durch den öffentlichen Arbeitgeber gelegen ist. Wie wollen Sie ein konkurrenzfähiges Entgelt der Tarifbeschäftigten des Landes in den nächsten Tarifrunden sicherstellen?

Der Schlüssel zu einer besseren Entlohnung der Beschäftigten ist eine vernünftige Haushalts- und eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik. Wenn in der Wirtschaft wieder mehr Geld verdient werden kann und die Firmen bessere Löhne und Gehälter zahlen können, dann wird die Einnahmehasis des Staates verbessern und er damit wieder in die Lage versetzt werden, auch seine Beschäftigten besser zu bezahlen. Die Politik der Landesregierung war dagegen eher auf eine Schwächung der Wirtschaft sowie auf zusätzliche staatliche Ausgaben ausgelegt. Viele dieser Mehrausgaben gingen einseitig zu Lasten der Kommunen. Was den Handlungsspielraum der Tarifparteien begrenzt und im Endeffekt zu niedrigeren Löhnen und Gehältern der kommunalen Beschäftigten geführt hat. Fehlinvestitionen und Millionenpleiten, wie am Nürburgring, gehen natürlich auch zu Lasten der Landesbeschäftigten, da dieses Geld unter anderem auch für die Anpassung der Löhnen und Gehälter fehlt.

5. Thema Personalausstattung: Durch den Asylbewerberzustrom wird deutlich, wie eklatant die Personaldecke des öffentlichen Dienstes auf Kante genäht ist. Zusätzliche Aufgaben erfordern zusätzliches Personal. Der demografische Wandel erschwert dabei die Nachwuchsgewinnung. Personalnot ist die Folge, Gegensteuern kostet Geld. Wie könnte man die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst verbessern und die Berufswahl „öffentlicher Dienst“ attraktiver machen? Welche Sofort-Maßnahmen kommen aus Ihrer Sicht für die

Entlastung des gegenwärtig am Limit arbeitenden (Landes-)Personals in Betracht?

Auch wenn die Attraktivität des öffentlichen Dienstes unter der Landesregierung in den letzten Jahren deutlich gesichert hat, ist der Staat mit seinen sicheren Arbeitsplätzen immer noch ein zuverlässiger Arbeitgeber. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel und den zunehmenden Auswirkungen des demographischen Wandels wird der Wettbewerb um Arbeitskräfte zunehmen. Dem muss sich auch der öffentliche Dienst stellen, indem er weiter gut entlohne und sichere Jobs anbietet.

6. Immer häufiger sehen sich Angehörige des öffentlichen Dienstes bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterschiedlichen Formen von Gewalt ausgesetzt wie etwa Beschimpfungen, Bedrohungen oder tätlichen Angriffen. Die Zunahme von Bedrohungen und Übergriffen ist insbesondere in den Bereichen des öffentlichen Dienstes zu beobachten, die im direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern stehen. Welche Lösungen zum vorbeugenden Schutz vor solchen Übergriffen würden Sie etablieren? Wie kann die Ahndung von Gewaltausübung gegen öffentliches Personal verbessert werden?

Die FDP Rheinland-Pfalz lehnt jede Form der Gewalt ab, insbesondere auch gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes. Auch die Landesregierung hat durch ihre Politik immer wieder Ressentiments gegen Beschäftigte des Landes geschürt, wie zum Beispiel bei der Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten. Gleichzeitig hat der Sparkurs gerade auch bei der Polizei bei vielen Menschen den Eindruck hinterlassen, dass sie mit ihren Sorgen und Nöten alleingelassen werden, während ihre Steuer- und Abgabenlast zunehmend steigt. Der Staat kann nicht für immer weniger Leistung, immer mehr Geld verlangen. Wir wollen durch eine Aufgabendiskussion erreichen, dass der Staat sich in Zukunft vielleicht um weniger Dinge kümmert, aber diese richtig macht. Die Menschen sollen erfahren, dass der Staat sie nicht nur viel Geld kostet, sondern auch wirklich für sie da ist. Eine Verbesserung der staatlichen Dienstleistungen trägt nicht nur zu einer positiveren Wahrnehmung des Staates bei den Bürgerinnen und Bürgern bei, sie wirkt sich obendrein positiv auf die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes aus.

7. Der Gesetzgeber hat die Pensionsaltersgrenzen in Anlehnung an das Renteneintrittsalter heraufgesetzt. Älteres Personal bleibt somit länger im Dienst. Welche Ideen zur Etablierung altersgerechter Arbeitsplätze haben Sie für den öffentlichen Dienst?

Der demographische Wandel wird sich auf die Gesellschaft insgesamt auswirken. Er sollte aber nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance gesehen werden. Die Menschen bleiben länger gesund und viele sind damit nicht nur in der Lage, sondern auch willens länger zu arbeiten. Natürlich sind auch im öffentlichen Dienst nicht alle Stellen gleichermaßen für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geeignet. Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, gemeinsam mit den Tarifpartnern die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes so zu gestalten, dass diese über die gesamte Laufbahn der Beschäftigten ein attraktives und altersgerechtes Umfeld bietet.

8. Nicht übernommen hat der Gesetzgeber Maßnahmen des Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetzes in die Beamtenversorgung. Die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder, eine Entsprechung zur „Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren“ und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sind kein Bestandteil des Versorgungsrechts in Rheinland-Pfalz. Können Sie sich eine wirkungsgleiche Übertragung der genannten rentenrechtlichen Maßnahmen in Zukunft vorstellen?

Die FDP Rheinland-Pfalz steht für eine Politik der haushaltspolitischen Vernunft und der Generationengerechtigkeit. Selbstverständlich sollen auch die Rentnerinnen und Rentner an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung beteiligt werden. Allerdings darf die staatliche Lohnpolitik nicht über mehr Schulden und damit zu Lasten künftiger Generationen finanziert werden. Generationengerechtigkeit heißt für uns, auch die Anliegen der jungen Generation angemessen berücksichtigt werden. Diese muss sich heute nicht nur mit oftmals niedrigeren Löhnen und Gehältern abfinden, sie muss auch noch höhere Steuern und Abgaben zahlen und soll obendrein auch noch privat für das eigene Alter vorsorgen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Belange aller Generationen angemessen berücksichtigt werden.

9. Das Personal wird weniger und ist älter, die Aufgaben nehmen zu. Da kommt es stark darauf an, dass das vorhandene Personal motiviert und gesund Dienst leisten kann. Betriebliches/Behördliches Gesundheitsmanagement wird deshalb immer wichtiger. Obwohl Gesundheitsvorsorge und -förderung dabei auch im Sinne des Arbeitgebers/Dienstherrn liegen, ist in weiten Teilen der Landesverwaltung Kostenneutralität augenscheinlich das oberste Gebot bei der Umsetzung relevanter Konzepte. Ist das aus Ihrer Sicht richtig?

Die Dimension des demographischen Wandels wird vielfach unterschätzt, dabei macht auch die Landesregierung keine Ausnahme. Sowie bereits viele Firmen in der Privatwirtschaft sich bemühen, die Arbeitsplätze altersgerecht zu gestalten, so ist

das auch im öffentlichen Dienst notwendig. Die Arbeitgeber sind dabei gut beraten, sich früh um entsprechende Konzepte zu kümmern, da ansonsten mit steigendem Alter die Ausfallzeiten zunehmen und die Altersgrenze für den Ruhestand nur in wenigen Fällen erreicht werden dürfte. Gleichwohl bedarf es für den demographiegerechten Umbaus des öffentlichen Dienstes der Zusammenarbeit der Tarifparteien. Gemeinsam mit den Betroffenen müssen Konzepte entworfen werden, wie Laufbahnen reformiert und Arbeitsplätze angepasst werden müssen.

10. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in der modernen Gesellschaft, die immer stärker beide Elternteile in der Erwerbstätigkeit sehen will, ein großes Thema. Welche Einzelmaßnahmen würden Sie im öffentlichen Dienst zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unbedingt realisiert sehen wollen?

Die FDP Rheinland-Pfalz setzt sich für einen Paradigmenwechsel in der Kinderbetreuung ein. Wir wollen weg von Betreuungsangeboten, die überwiegend der angemessenen Unterbringung von Kindern dienen, hin zu einer bildungsorientierten Kinderbetreuung, welche diesen auch ein pädagogisches Angebot macht. Uns reicht es nicht Kinder aufzubewahren, wir wollen, dass sie auch etwas lernen dürfen und das ganz besonders in einem Lebensalter, in welchem die kindliche Neugierde und das Lernbedürfnis ganz besonders ausgeprägt sind.

Ich würde mich freuen, wenn unsere Antworten eine Orientierungshilfe für Sie wären. Sollten Sie Rückfragen haben oder weitere Informationen wünschen, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Volker Wissing